



STELLUNGNAHME zum Antrag		Vorlage Nr.:	2018/0105	
GRÜNE-Gemeinderatsfraktion		Verantwortlich:	Dez. 3	
Kurzzeitpflege in Karlsruhe: bestehende Situation verbessern				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	24.4.2018	27	X	

Kurzfassung

Die Stadtverwaltung thematisiert die Kurzzeitpflege im Arbeitsausschuss Ältere Generation. Die Möglichkeit einer onlinegestützten Vermittlungsplattform wird geprüft.

Finanzielle Auswirkungen des Antrages (bitte ankreuzen)		X	nein		ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt		Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen Wählen Sie ein Element aus. Kontierungsobjekt: Wählen Sie ein Element aus. Kontenart: Ergänzende Erläuterungen:					
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant		nein		ja	Handlungsfeld: Wählen Sie ein Element aus.
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)		nein		ja	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften		nein		ja	abgestimmt mit

1. Die Stadtverwaltung thematisiert die zu geringe Zahl an Plätzen für Kurzzeitpflege in Karlsruhe im Arbeitsausschuss Ältere Generation. Dabei werden der Arbeitskreis Reha-Akut (Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus Stadt- und Landkreis Karlsruhe) und der Qualitätszirkel Pflegeheimüberleitung des Stadt- und Landkreises Karlsruhe hinzugezogen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erstellen Lösungsvorschläge und berichten anschließend im Sozialausschuss.

Das Thema Platzanzahl Kurzzeitpflege in der Stadt Karlsruhe wird in der kommenden Sitzung des Arbeitsausschusses Ältere Generation am 3. Mai 2018 beraten.

Im Jahr 2017 haben sich die Arbeitskreise „Reha-Akut“ und „Qualitätszirkel Pflegeheimüberleitung“ mit dem Thema Kurzzeitpflegeplätze auseinandergesetzt und eigene Lösungsansätze erarbeitet. Diese Lösungsansätze werden in die Überlegungen des Arbeitsausschusses Ältere Generation mit einbezogen.

Die Ergebnisse der Beratungen im Arbeitsausschuss Ältere Generation werden dem Sozialausschuss zur weiteren Beratung vorgestellt.

2. Die Stadtverwaltung richtet eine online gestützte Vermittlungsplattform ein unter Beteiligung aller Akteure im Pflegeheimbereich.

Die Stadtverwaltung prüft die rechtlichen Rahmenbedingungen und Möglichkeiten des Betriebs einer onlinegestützten Vermittlungsplattform.

Die Ausgestaltung einer Vermittlungsplattform unter Beteiligung aller Akteure im Pflegeheimbereich kann nur auf freiwilliger Basis und mit der Kooperationsbereitschaft der Anbieter erfolgen. Die Pflege der Vermittlungsplattform kann ausschließlich über die Anbieter erfolgen, da nur dort die notwendigen Daten vorliegen.

Eine Ablösung der bisherigen „analogen“ Pflegeheimplatzliste des Seniorenbüros wird aufgrund des niedrighwelligen Zugangs sowie auch unter dem Aspekt, dass nicht alle Seniorinnen und Senioren freien Zugang zum Internet haben, nicht befürwortet.

3. Die Stadtverwaltung erteilt dem Städtischen Klinikum gGmbH einen Prüfauftrag zur Einrichtung einer Kurzzeitpflegestation auf dem Gelände des Klinikums in Eigenregie und/oder in Kooperation mit einem Anbieter mit Erfahrung im Bereich Altenpflege.

Das Städtische Klinikum Karlsruhe besitzt derzeit keine räumlichen Ressourcen, um eine Kurzzeitpflegestation auf dem Gelände des Klinikums in Eigenregie oder in Kooperation einzurichten. Eventuell frei werdende Ressourcen bis 2021 werden für Stationssanierungen benötigt, um hier ein Kontingent an Betten vorzuhalten.

Frühestens ab dem Jahr 2022 kann eine Neubewertung der räumlichen Situation durchgeführt werden, um eine eventuelle Kapazität für Kurzzeitpflege bereitzustellen. Das Städtische Klinikum Karlsruhe hat derzeit eine Kooperation mit der Heimstiftung Karlsruhe. Darüber hinaus wird Herr Pflegedirektor Hug Gespräche mit der Evangelischen Stadtmission und der AWO hinsichtlich eventuell weiterer Kooperationen für die Zurverfügungstellung von Kurzzeitpflegeplätzen führen. Ein diesbezügliches Ergebnis bleibt abzuwarten.

Auch bleibt abzuwarten, in welchem Umfang und Zeitrahmen die politische Absichtserklärung für eine bessere Finanzierung der Kurzzeitpflege letztendlich verwirklicht wird.